

**Parteiherrschaft und Kaderpolitik: ein  
kollektivbiographisches Portrait der Spitzenkader  
der SED in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl  
1952-1989**

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Best, H. (2008). Parteiherrschaft und Kaderpolitik: ein kollektivbiographisches Portrait der Spitzenkader der SED in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 1952-1989. *Historical Social Research, Supplement*, 20, 211-236. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-191791>

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Parteiherrschaft und Kaderpolitik: Ein kollektivbiographisches Porträt der Spitzenkader der SED in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 1952-1989

*Heinrich Best* \*

**Abstract:** Best untersucht die personalpolitischen Praktiken der Auswahl und Plazierung regionaler Spitzenkader der SED in jenen Bezirken der DDR, die im Sommer 1952 aus dem damaligen Land Thüringen gebildet worden waren. Gegenstand der Untersuchung sind die wichtigsten hauptamtlichen Parteikader auf der Bezirks-, Kreis- und Stadtebene, also die Ersten und Zweiten Bezirks-, Kreis-, Stadtbezirks- und Stadtleitungssekretäre.– Best verfolgt den Ansatz einer „strukturanalytischen Archäologie“, der die Schichten der Kaderpolitik der SED bis auf das Primärgestein der Gründungsphase der DDR abträgt. Die Schichtenfolge wird dabei durch eine historische Periodisierung gegliedert, die von einem rein chronologischen Zeittakt abweicht und der Annahme folgt, dass in unterschiedlichen Phasen der Entwicklung von Staat und Staatspartei der DDR unterschiedliche Regime der Rekrutierung von Spitzenkadern in den Regionalleitungen der SED wirksam wurden.– Hauptfrage ist, ob und in welcher Weise sich die Rekrutierung regionaler Spitzenkader der SED in eine Strategie der Legitimierung und Sicherung der Parteiherrschaft in der DDR einpassen ließ. Best entwickelt eine Verlaufshypothese, nach der sich das Hauptkriterium der Kaderauswahl von der Legitimierung über die Loyalität zur Funktionalität und zuletzt wieder zur Legitimierung verschoben habe. Tatsächlich stützen einige Befunde diese Annahme.

## 1. Parteiherrschaft als „Herrschaft durch Organisation“

Die Herrschaftspraxis und Machtorganisation staatssozialistischer Regime beruhte bekannterweise auf einer partiellen Amalgamation zweier Komponenten: des Staatsapparats, der in seinem Aufbau den traditionellen „bürgerlichen“ Staat mit seinen Ebenen und Funktionen nachbildete, und der hegemonialen Staatspartei, die dem Staatsapparat zugleich neben- und übergeordnet war, ihn auf vielfältige Weise penetrierte und als ein Hauptinstrument ihrer Herrschafts-

---

\* Reprint of: Heinrich Best (2003): Parteiherrschaft und Kaderpolitik: Ein kollektivbiographisches Porträt der Spitzenkader der SED in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 1952-1989, in: Heinrich Best und Heinz Mestrup (Hrsg.), Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR. Hain Verlag: Weimar u. Jena, S. 485-508.

ausübung einsetzte.<sup>1</sup> Es handelt sich dabei um einen Spezialfall der „Herrschaft durch Organisation“, die Max Weber in Anlehnung an Robert Michels eher antizipierend und extrapolierend als durch eigene Anschauung und Erfahrung grundiert in seiner Herrschaftssoziologie skizzierte: Bei diesem „Herrschaftsgebilde“ ruht die „beherrschende Stellung des [ihm] zugehörigen Personenkreises gegenüber den beherrschten ‚Massen‘... in ihrem Bestände auf dem ... ‚Vorteil der kleinen Zahl‘, d. h. auf der für die herrschende Minderheit bestehenden Möglichkeit, sich besonders schnell zu verständigen und jederzeit ein der Erhaltung ihrer Machtstellung dienendes, rational geordnetes Gesellschaftshandeln ins Leben zu rufen und planvoll zu leiten“.<sup>2</sup> Besonders scharf ist hier das Prinzip der Konspiration ausgeprägt, das die repressive Effizienz der Herrschaft durch Organisation erheblich zu steigern vermag. Das wesentliche Charakteristikum und die durch „Vergesellschaftung hergestellten spezifischen Vorkehrungen“ dieses Herrschaftsgebildes bestehen aber darin, „daß ein an Gehorsam gegenüber den Befehlen von *Führern* gewöhnter, durch Beteiligung an der Herrschaft und deren Vorteilen an ihrem Bestehen persönlich *mit interessierter* Kreis von Personen sich dauernd zur Verfügung hält und sich in der Ausübung derjenigen Befehls- und Zwangsgewalten teilt, welche der Erhaltung der Herrschaft dienen (Organisation)“. [Hervorheb. M. W.]<sup>3</sup> Die soziale Struktur dieses Herrschaftsgebildes wird durch die „allgemeine Eigenart der Beziehung des oder der Herren [d. h. hier der Parteiführung H. B.] zu dem Apparat und beider zu den Beherrschten“ bestimmt.<sup>4</sup> Es ist wichtig, daß es sich bei dieser Konfiguration um eine Herrschaftsbeziehung handelt, bei der eine gewisse Fügsamkeit der Beherrschten gegenüber den Herrschenden und ihrem „Apparat“ besteht, Gehorsam also nicht unausgesetzt erzwungen werden muß, weil sie sich auf Hinnahme, Toleranz, Akzeptanz oder gar willige Mitwirkung stützen kann.

Im Kern geht es also bei der Dreiecksrelation zwischen Parteiführung, Apparat und beherrschten Massen – wie bei jeder anderen Herrschaftsbeziehung auch – um die Durchsetzung und Aufdauerstellung eines Anspruchs auf Gehorsam, der idealiter den riskanten und teuren Einsatz von Gewalt weitgehend überflüssig macht, wobei die Androhung und auch der gelegentliche demonstrative Einsatz von Gewalt mit dieser Ordnung der Dinge durchaus kompatibel sind. Dem Apparat, seiner Loyalität gegenüber der Parteiführung und seiner Glaubwürdigkeit gegenüber der Masse der Bevölkerung kommt in dieser Dreiecksbeziehung entscheidende Bedeutung zu. Dies hat seinen Grund in einem Dilemma von Parteidiktaturen, die den „Vorteil der kleinen Zahl“ herrschaftstechnisch mit einem besonderen Aufwand für die Sicherstellung ihrer Durch-

---

<sup>1</sup> Neugebauer: Partei und Staatsapparat (1978).

<sup>2</sup> Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (1972), S. 548.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 549.

<sup>4</sup> Ebenda.

setzungsmacht und Autorität ‚vor Ort‘, oder – gemäß dem DDR-Sprachgebrauch – ‚im Territorium‘ ausbalancieren müssen. Jener Teil des Apparats, der als lokaler Agent und sichtbarer Repräsentant der Parteiführung auf der unteren Ebene der Machtorganisation die Mittlerfunktion übernimmt, bildet den Angelpunkt dieses Balanceaktes; von seiner Loyalität nach oben und seiner Performanz im alltäglichen Ablauf der Leitungsarbeit hängen entscheidend die Wirksamkeit und Akzeptanz der Parteiherrschaft ab.<sup>5</sup> Die Überforderung des dort eingesetzten Funktionärskaders ist in dieser Konstellation strukturell angelegt.

Die Schlüsselrolle, die der regionalen Zwischenebene der Machtorganisation im System der Parteiherrschaft zugewiesen wurde, manifestierte sich unter anderem in den hypertrophen Erwartungen an die leitenden Funktionsträger in der „Zweiten Schicht der herrschenden Klasse“ (G. Mosca). Ein Beispiel unter vielen ist ein Kompendium der „Qualifikationsmerkmale“, das die Bezirksleitungen bei der „Auswahl und Entwicklung von Kreissekretären“ zugrunde legen sollten:<sup>6</sup>

*Ein Kreissekretär benötigt in erster Linie Fähigkeiten, um alle [!] gesellschaftlichen Prozesse im Kreis analysieren und leiten zu können, praktische Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten in der Menschenführung, der politischen Massenarbeit und in der marxistisch-leninistischen Erziehung der Parteimitglieder sowie der Leitung von Kollektiven. Er muß sowohl allseitige Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, als auch das notwendige Fachwissen entsprechend seines konkreten Aufgabengebietes besitzen.*

*Ein Kreissekretär muß solche Eigenschaften besitzen, wie Treue zur Arbeiterklasse, enge Verbindung zu den Werktätigen, Verantwortungsfreude, Schöpferfurcht und Kühnheit, verbunden mit Sachlichkeit und nüchternem Kalkulieren, eiserne Arbeitsdisziplin, Kämpfertum und Unduldsamkeit gegenüber Mängeln und Fehlern.*

Für den 1. Sekretär der Kreisleitung galt darüber hinaus, daß er

*der fähigste Genosse im Kollektiv sein [soll], der neben langjährigen Erfahrungen in der Partei- und Massenarbeit umfangreiche Kenntnisse in der Tätigkeit als Leiter eines Kollektivs besitzt, der die Fähigkeit hat, ein Kollektiv zu erziehen, Schwerpunkte zu erkennen, sich bei der Lösung darauf zu konzentrieren und die Kräfte dafür zu formieren. In der Regel sollte er den Abschluß als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler und den Sonderlehrgang der Partei an der Hochschule für Ökonomie absolviert haben.*

<sup>5</sup> Vgl. u. a. Helga Welsh: Zur Rolle der Ersten Bezirkssekretäre der SED (1999), S. 105 ff.

<sup>6</sup> Im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA SED Berlin, DY 30 J IV 2/3 A 1342 – Arbeitsprotokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED Nr. 63 vom 20.7.

## 2. Logiken und Kontexte der Kaderpolitik

Um so wichtiger ist eine Kaderpolitik, deren Auswahl- und Plazierungsentscheidungen den hohen Anforderungen an die Intermediäre im Parteiapparat genügen können: Sie muß die *Loyalität* des lokalen und regionalen Leitungskaders stärken (etwa durch den Belohnungseffekt des Aufstiegs in eine Leitungsfunktion), der *Legitimation* der Parteiherrschaft dienen (etwa dadurch, daß die legitimierenden Prinzipien der Parteiherrschaft in den Rekrutierungsentscheidungen symbolisch zur Geltung kommen) und die *Funktionalität* des Herrschaftsapparats sicherstellen (etwa dadurch, daß Personen in Leitungsfunktionen eingesetzt werden, die durch Vorerfahrungen, formale Qualifikationen oder Persönlichkeitsmerkmale besonders befähigt sind). Daß diese Rekrutierungsentscheidungen, zumindest aber deren Bestätigung vor dem Vollzug, ein Regal der obersten Ebenen der Parteihierarchie sind, ist danach plausibel und im Kontext einer auf den „Vorteil der kleinen Zahl“ gegründeten – und das bedeutet: zentralisierten – Machtorganisation geradezu unvermeidlich. Diese Entscheidungen sind jedoch strukturell schwierig. Auch wenn die „Erhaltung der eigenen Machtstellung“ der allem übergeordnete Imperativ des „Gesellschaftshandelns“ der Parteiführung ist, so muß sie doch zwischen unterschiedlichen Strategien der Machtsicherung wählen. Das gilt vor allem für die Kaderpolitik, denn die personalpolitischen Auswahlkriterien der Legitimität, Loyalität und Funktionalität sind trilemmatisch aufeinander bezogen: Kader, die durch eigene Leistung oder ihr Lebensschicksal Anerkennung in der Bevölkerung genießen, d. h. die Kriterien der Funktionalität oder Legitimität erfüllen, sind eher schwierige Untergebene der Leitung; Kader, die sich als willige Vollstrecker der Parteileitung bewähren, verlieren an Anerkennung der Beherrschten ‚vor Ort‘; Kader, die im Hinblick auf Herkunft und Lebensweg das symbolische Kapital proletarischer Klassentreue maximieren, weisen Defizite im inkarnierten Kulturkapital der Fachkompetenz auf. Der ‚ideale‘ Kader, der allen drei Kriterien voll zu genügen vermag, dürfte eine seltene Spezies und – wenn er denn auftritt – eher Gegenstand der Konkurrenzangst sein.

Im folgenden sollen nun die personalpolitischen Praktiken der Auswahl und Plazierung regionaler Spitzenkader der SED in jenen Bezirken der DDR untersucht werden, die im Sommer 1952 aus dem damaligen Land Thüringen gebildet worden waren. Der Untersuchungszeitraum beginnt also mit der Auflösung der Länder in der DDR, die ja auch mit einer Neuordnung der Regionalgliederung der SED und einem teilweisen Revirement ihres Leitungspersonals auf dieser Ebene verbunden war; er endet mit dem Jahr 1989, in dem der Imperativ der Erhaltung der Machtstellung der „Partei der Arbeiterklasse“ abrupt außer Kraft gesetzt wurde und fortan vollkommen andersartige Handlungslogiken in der Dreiecksconfiguration von Parteileitung, Parteikader und „Masse“ zur Geltung kamen.

Der Gegenstand der Untersuchung sind die wichtigsten hauptamtlichen Parteikader auf der Bezirks- und Kreisebene – bzw. dort, wo es eigene SED-Stadtleitungen gab, auch auf der Stadtleitungs- und der Stadtbezirksebene –, die zur Nomenklatur des Zentralkomitees der SED gehörten, also die Ersten und Zweiten Bezirks-, Kreis-, Stadtbezirks- und Stadtleitungssekretäre. Unsere Untersuchung verfolgt den Ansatz einer ‚strukturanalytischen Archäologie‘, der die Schichten der Kaderpolitik der SED bis auf das Primärgestein der Gründungsphase der DDR abträgt. Die Schichtenfolge wird dabei durch eine historische Periodisierung gegliedert, die von einem rein chronologischen Zeittakt abweicht und der Annahme folgt, daß in unterschiedlichen Phasen der Entwicklung von Staat und Staatspartei der DDR unterschiedliche Regime der Rekrutierung von Spitzenkadern in den Regionalleitungen der SED wirksam wurden.<sup>7</sup> Die Vorgeschichte bildet die Gründungsphase der DDR und der SED von 1945 bis 1951, in der jene regionalen Spitzenkader der SED rekrutiert worden waren, die nach der Bildung der DDR-Bezirke und der Auflösung der Landesverbände der SED im Juli 1952 in die Führungen der Organisationseinheiten der Partei in den ‚thüringischen‘ Bezirken Erfurt, Gera und Suhl übernommen wurden. Es schließt sich die Phase der krisenhaften Konsolidierung der DDR von der 2. Parteikonferenz der SED und der Etablierung der Bezirksstruktur im Jahr 1952 bis zum Ende des Jahres 1961 an – mit dem Juniaufstand 1953 und dem Mauerbau als Schlüsselereignissen. Es folgt die Spätphase der Ära Ulbricht bis zur Übernahme der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK der SED durch Erich Honecker (1962-1971). Die Ära Honecker wird in zwei Perioden gegliedert (1972-1981; 1982-September 1989), zwischen denen der X. Parteitag der SED, auf dem die „wissenschaftlich-technische Revolution“ zur „entscheidenden Bedingung“ für die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ ausgerufen und der Intelligenz dabei eine zentrale Rolle zugewiesen wurde, die Grenze bildet. Die agonale Phase der Auflösung der SED-Herrschaft in den letzten drei Monaten des Jahres 1989 bildet den Abschluß des Untersuchungszeitraums. Wir vermuten, daß in diesen sechs Perioden der Akzent der Selektionslogik bei der Besetzung des regionalen Leitungspersonals von der Legitimität in der Gründungsphase der DDR und SED über die Loyalität in der Konsolidierungsphase zur Funktionalität in der Reife und Aufbauphase und zuletzt wieder zur Legitimität in der Auflösungsphase wechselte. Wir folgen mit dieser Annahme einem elitentheoretischen Ansatz, der den Wandel der Muster von Elitenrekrutierung als Antwort auf zentrale Herausforderungen konzipiert, denen soziale Systeme ausgesetzt sind. Im Fall der SED waren dies die Herrschaftsgründung, die Herrschaftssicherung, der effiziente Herrschafts-

---

<sup>7</sup> Zur Periodisierungsproblematik der DDR-Geschichte vgl. u. a. Beate Ihme-Tuchel: Die DDR (2002), S. 2 ff., 71 ff.

betrieb und zuletzt wieder der Versuch einer Neulegitimierung ihrer Herrschaft.<sup>8</sup>

### 3. Instrumente der Kaderpolitik

Die kaderpolitischen Auswahl- und Rekrutierungsentscheidungen vollzogen sich für unsere Untersuchungsgruppen im Rahmen des Kadernomenklatursystems der SED, wobei das ZK der SED – und das heißt, die Parteizentrale in Berlin – unmittelbar als Nomenklaturvorgesetzter oder als Bestätigungsebene für ihre Kontrollnomenklaturen beteiligt war. Dieses „Gerüst der Macht“ (M. Wagner) wurde in der DDR zwar erst in den 1950er und beginnenden 1960er Jahren zu einem umfassenden, nun auch den Staat und die Wirtschaft erreichenden System parteizentrierter personalpolitischer Auswahl und Kontrolle ausgebaut, doch war es der SED von vornherein und gewissermaßen als Hauptelement des ‚genetischen Codes‘ der KPD implantiert worden.<sup>9</sup> Die Auflösung der Landesverbände der SED im Jahr 1952 bildete dann den vorläufigen Schlußpunkt im Prozeß der Umformung in eine ‚Partei neuen Typus‘ und beseitigte ein Element der Parteiorganisation, dessen Gleichschaltung nicht völlig gelungen war.<sup>10</sup>

Die neue Parteiorganisation wurde Mitte 1952 auf und unterhalb der Bezirksebene durch „Organisationsbüros“ implementiert. Dies waren durch die SED-Führung beliebig lenkbare Steuerungsinstanzen, die auch über die personelle Besetzung der Leitungen und des Parteiapparats der regierenden Organisationseinheiten zu entscheiden hatten. Erst Monate später bestätigten Delegiertenkonferenzen die Zusammensetzung der neuen Leitungen.<sup>11</sup> Der umstandslose Durchgriff der Parteizentrale auf die Regionalebene setzte einen Standard, der auch künftig Geltung behalten sollte, obwohl er durch die im Kadernomenklatursystem vorgesehenen Konsultations- und Abstimmungsmechanismen zwischen den beteiligten Leitungsebenen in seiner krassen Erscheinung etwas abgemildert wurde. Von ‚oben‘ kamen auch die Kriterien der Kaderrekrutierung, die bei der Auswahl des Leitungspersonals – die ja faktisch eine Kooptation durch die Zentrale und den Apparat war – angewendet werden sollten.<sup>12</sup> Sie bildeten sich prägnant in den „Kaderspiegeln“ ab, in denen anhand quantitativer Daten – wenn auch auf der Grundlage fragwürdiger sozialstruktureller Klassifikationen – über die Zusammensetzung des Funktionärskorps berichtet wurde. Ein Beispiel ist eine Analyse der „gewählten Mitglieder

---

<sup>8</sup> Vgl. Gaetano Mosca: Die herrschende Klasse (1950), S. 64 ff.; Heinrich Best: Der langfristige Wandel politischer Eliten (2003), S. 369-399.

<sup>9</sup> Matthias Wagner: Gerüst der Macht (1997), S. 87 f., 95 ff.

<sup>10</sup> Andreas Malycha: Die SED (2000), S. 454 f.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 457 f.

<sup>12</sup> Matthias Wagner: Das Kadernomenklatursystem (1999), S. 45 ff., 53 ff.

und Kandidaten aller Bezirksleitungen sowie der Bezirksrevisionskommission und der Bezirksparteikontrollkommission mit dem Stand nach Abschluß der Wahl 1958“, in der über die Fluktuationsrate, den Frauenanteil, die soziale Herkunft, die „soziale Lage bei Parteieintritt“, die „jetzige berufliche Tätigkeit“, die „altersmäßige Zusammensetzung“, das „Parteialter“, den „fachlichen Bildungsstand“, den „politisch-ideologischen Bildungsstand“, die (vormalige) „Mitgliedschaft in faschistischen Organisationen“, die Kriegsgefangenschaft (differenziert nach westlich und sowjetisch), die Zugehörigkeit zur „faschistischen Wehrmacht“, Auszeichnungen und Kirchenmitgliedschaft berichtet wurde.<sup>13</sup> Es begegnen uns hier jene positiven und negativen „Kadermerkmale“, die auch in den Kaderakten enthalten sind, die die Hauptquelle unserer Untersuchung über die Kreis- und Bezirkssekretäre bilden. Wir profitieren dabei von der ‚soziologistischen‘ Anthropologie eines vulgarisierten Marxismus, der aus sozialer (und politischer) Herkunft und Lage sichere Prognosen über die Eignung und Loyalität einzelner Mitglieder eines Funktionärskorps ableiten zu können glaubte, wobei die „Herkunft aus der Arbeiterklasse“ gewissermaßen die Mastervariable bildete. Mit Genugtuung wurde dann auch in dem Kaderspiegel des Jahres 1958 vermerkt, daß die „Zusammensetzung nach der sozialen Herkunft“ mit Anteilen der Arbeiterkinder zwischen 87% und 97% als „gut einzuschätzen“ sei, während die Lage der „Frauenfrage“ bei einem Frauenanteil von 16% als „ernst“ betrachtet werden müsse.<sup>14</sup>

Bereits in den sehr pauschalen und in der Darstellung z. T. beschönigenden Kaderspiegeln der 1950er Jahre werden Abweichungen zwischen kaderpolitischem Sollen und Sein erkennbar, die zeigen, daß der steuernde planerische Durchgriff der Zentrale vielfach die Gegebenheiten ‚vor Ort‘ verfehlte und insbesondere an der Verfügbarkeit geeigneten Personals scheiterte. So bildeten z. B. manche „positiven Kadermerkmale“ – wie etwa hohes Qualifikationsniveau und proletarische Klassenherkunft – theoretisch zwar ideale Paare, fak-

<sup>13</sup> SAPMO-BArch, ZPA Berlin, DY 30 J IV 2/3-611 bzw. J IV 2/3 A-625 – Protokoll des Sekretariates des ZK der SED Nr. 25 vom 27.8.1958: Vorlage der Abt. Kader des ZK; Berlin, den 21.7.1958: Analyse zur Statistik über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten aller der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Revisions- und Parteikontrollkommissionen (Beschl.-Nr. 719). Es handelt sich hierbei um zwei getrennte Analysen für die Bezirks- und Kreisebene. 1) Berlin, den 4.7.1958: Analyse über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten aller Bezirksleitungen sowie der Bezirksrevisionskommissionen und der Bezirksparteikontrollkommissionen mit dem Stand nach Abschluß der Wahlen 1958. 2) Berlin, den 1.7.1958: Analyse über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten aller Stadt-, Kreis- und Stadtbezirksleitungen sowie der Kreisrevisionskommissionen und der Kreisparteikontrollkommissionen mit dem Stand nach der Wahl 1958.

<sup>14</sup> SAPMO-BArch, ZPA Berlin, DY 30 J IV 2/3-611 bzw. J IV 2/3 A-625 – Protokoll des Sekretariates des ZK der SED Nr. 25 vom 27.8.1958: Analyse über die Analyse über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten aller Bezirksleitungen sowie der Bezirksrevisionskommissionen und der Bezirksparteikontrollkommissionen mit dem Stand nach Abschluß der Wahlen 1958.



tisch aber Chiasmen. Ein zweiter Typ von Abweichungen zwischen Sollen und Sein resultierte – und dies war selbst aus den für den internen Gebrauch des Sekretariats des Zentralkomitees bestimmten Kaderspiegeln (die den Vermerk „Persönliche Verschlusssache“ trugen) nur schwer erkennbar – aus einem machtsstrategischen Kalkül der Parteizentrale. Um speziell diese Sachverhalte und die daraus resultierenden krassen Abweichungen zwischen ideologisch-propagandistischer Außendarstellung und interner Praxis aufzudecken, ist es aber erforderlich, die biographischen Daten der SED-Regionaleliten einer Primäranalyse zu unterziehen.

## 4. Praktiken und Ergebnisse der Kaderpolitik

### 4.1 Zirkulationsmodi und die Zeitmuster von Kaderbiographien

Nach der Bildung der Bezirke waren auf dem Gebiet des Landes Thüringen 84 Sekretärsstellen<sup>15</sup> (1. und 2. Sekretär) zu besetzen – davon sechs von Ersten und Zweiten Bezirkssekretären.<sup>16</sup> Insgesamt wurden bis Ende 1989 auf diesen Positionen 441 Kader geführt (von denen 60 bereits vor 1952 eine Sekretärsfunktion ausgeübt hatten).<sup>17</sup> Das heißt, daß sich in den 37 Jahren, die unseren Untersuchungszeitraum bilden, im Durchschnitt ca. fünf Kader auf einer Sekretärsstelle ablösen, auf der sie jeweils etwa sieben Jahre verblieben. Diese Durchschnittswerte erwecken den Eindruck einer moderaten Zirkulation, bei der sich Kriterien personeller Erneuerung und erfahrungskumulierender Amtverhaftung die Waage zu halten scheinen. Der Eindruck trügt jedoch, wie sich erweist, wenn wir die Jahreswerte betrachten; dann zeigt sich, daß die Hälfte aller Rekrutierungen auf den Zeitraum bis 1959 entfallen, mit einem Spitzenwert von 42 im Jahr 1954. In den 16 Jahren zwischen 1964 und 1981 lag dagegen die jährliche Anzahl der Neubesetzungen durchweg unter zehn.

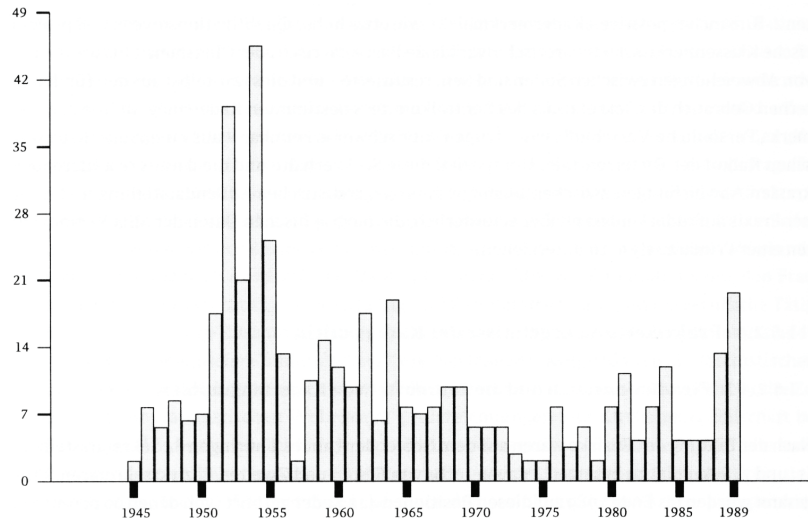
---

<sup>15</sup> Dieser Wert erhöht sich noch, wenn man die Stadtbezirke von Gera und insbesondere von Erfurt, deren Zahl für den Zeitraum unserer Untersuchung stark differiert, mit einrechnet. – Vgl. hierzu das Kapitel 1.2.1 in diesem Band zu Aufbau und Struktur der SED in den thüringischen Bezirken.

<sup>16</sup> Andreas Malycha: Die SED (2000), Tabelle S. 457.

<sup>17</sup> Alle folgenden Berechnungen beziehen sich auf den von Axel Salheiser in diesem Band vorgestellten Datensatz.

Abbildung Nr. 1: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Anzahl der Neubesetzungen (n=434)<sup>18</sup>



Es fragt sich hier, wie dieser krasse Niveauunterschied der Austauschraten innerhalb des Beobachtungszeitraums zu erklären ist. Zum einen sicherlich durch den Umstand, daß die ausgehenden 1940er und beginnenden 1950er Jahre die Phase eines beschleunigten Auf- und Ausbaus des hauptamtlichen Parteiapparats waren, in der durch Neubesetzungen und Ersatzrekrutierungen für aufsteigende Kader ein erheblicher Personalbedarf induziert wurde.<sup>19</sup> Zum anderen aber waren die Fluktuationen des Leitungspersonals, die in einzelnen Jahren bis zur Hälfte aller Positionen erfassen konnten, das Ergebnis improvisierter Personalentscheidungen und wechselnder Auswahl- und Promotionskriterien der Zentralinstanzen. Dieser Umstand wird durch Einschätzungen der Bezirksleitungen in bezug auf die kaderpolitische Zusammensetzung der SED-Kreissekretariate bzw. -büros beleuchtet.<sup>20</sup> So nahm im Sekretariat der SED-Bezirksleitung Suhl eine kaderpolitische Beratung zur Jahreswende 1953/1954 einen hoch kontroversen und chaotisch-turbulenten Verlauf.<sup>21</sup> Den Hintergrund

<sup>18</sup> In sieben Fällen kann keine genaue Jahresangabe gemacht werden.

<sup>19</sup> Andreas Malycha: Die SED (2000), S. 458.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu die von Heinz Mestrup zusammengestellten Einschätzungen für den Zeitraum von 1955 bis 1988. Besonders deutlich wird dies bei den Einschätzungen der Büros der SED-BL Suhl vom 15.6.1955 (SAMPO-BArch, ZPA SED Berlin, DY 30 J IV 2/3 A-472), Gera vom 13.7.1955 (SAPMO-BArch, ZPA SED Berlin, DY 30 J IV 2/3 A-478) und Erfurt vom 25.10.1955 (ThHStA Weimar / BPA SED Erfurt / BL Erfurt IV 2/3-180).

<sup>21</sup> TStA Meiningen / BPA SED Suhl / BL Suhl 2/3-111-1.

bildete hier u. a. der 17. Juni 1953, aus dem in vielen Kreisleitungen erst 1954 die kaderpolitischen Konsequenzen gezogen wurden. Doch blieben auch in den folgenden Jahren (mit Ausnahme von 1957) die Fluktuationen hoch und qualitätsvolle Neubesetzungen ein Problem. 1955 lag die Austauschrate der Parteisekretäre bei ca. 28% – wozu in diesem Jahr auch der 2. Kreissekretär von Ilmenau zählte, der wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ inhaftiert wurde, die er als Aufseher in einem Kriegsgefangenenlager begangen hatte!<sup>22</sup> Dies war sicherlich eine besonders krasse Fehlbesetzung, doch bildete sie nur den äußeren Pol eines Kontinuums kaderpolitischen Ungenügens, das 1958 DDR-weit in den Bezirks- und Kreisleitungen der SED für rund 18% (KL) bis 25% (BL) der Wechsel verantwortlich war – davon 15% (BL) bzw. 13% (KL) wegen „mangelhafter Qualifikation“ und 11% (BL) bzw. 5% (KL) wegen Verletzung der Parteimoral, Verstößen gegen Parteibeschlüsse und wegen Parteistrafen –, dies bei Fluktuationsraten, die zwischen 49% bei den Bezirksleitungen und 57% bei den Kreisleitungen lagen.<sup>23</sup> Das Urteil, daß „in der Auswahl und Erziehung der Kader immer noch große Mängel vorhanden sind“, wirkt wie ein Euphemismus.<sup>24</sup> Wenn „im Prozeß der Führungsauslese verwirklichte,... personell und sachlich ‚überzeugende‘ Resultate der Kaderpolitik ... das politische System und seine Führung legitimieren und stabilisieren“ sollten,<sup>25</sup> wurde dieses Anliegen auf der Regionalebene des Parteiapparats zumindest im ersten Jahrzehnt seit der Gründung der SED verfehlt. Der für die zentrale Parteileitung wie die örtlichen Parteiorganisationen gleichermaßen traumatisierende Kollaps ihrer Herrschaft im Sommer 1953 setzte hier ein deutliches Zeichen, leitete aber erst mit einer Verzögerung von mehreren Jahren nach der Niederschlagung des Aufstandes in eine Stabilisierung der Kaderpolitik und eine Verstetigung der Amtsdauer der regionalen Parteileitungen über.

In den 1960er Jahren vollzog sich dann fast übergangslos ein grundlegender Wandel des Zirkulationsmodus vom Typus der Umwälzung und Säuberung („Replacement Circulation“) zu dem der Reproduktion und Ersatzrekrutierung

<sup>22</sup> SAPMO-BArch, ZPA SED Berlin, DY 30 JIV 2/3 A-472 – Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen der SED-BL Suhl: Einschätzung des Büros der Kreisleitungen im Bezirk Suhl. Suhl den 15.6.1955.

<sup>23</sup> SAPMO-BArch, ZPA Berlin, DY 30 JIV 2/3-611 bzw. JIV 2/3 A-625 – Protokoll des Sekretariates des ZK der SED Nr. 25 vom 27.8.1958: Vorlage der Abt. Kader des ZK; Berlin, den 21.7.1958: Analyse zur Statistik über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Revisions- und Parteikontrollkommissionen (Beschl.-Nr. 719). Siehe hierzu S. 1 f. des Kaderspiegels für die Bezirks- sowie S. 11 f. der Einschätzung für die Kreisebene.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 1 der Einschätzung für die Bezirksebene. Zu den Umständen und Folgen der extremen Kaderfluktuation in den 1950er Jahren vgl. auch Helga A. Welsh: Kaderpolitik auf dem Prüfstand (1999), S. 112 ff.

<sup>25</sup> Gerd Meyer: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker (1991), S. 87.

(„Reproduction Circulation“).<sup>26</sup> Die Zirkulationsraten sanken Anfang der 1970er Jahre auf 2%-6% und verharrten bis in die 1980er Jahre auf diesem Niveau. Einige der Parteisekretäre, die in dieser Phase in ihre Ämter gelangt waren, verblieben bis zum Herbst 1989 auf diesen Positionen. Die personelle Konsolidierung des Parteiapparats war mit einer Karrierisierung des Zugangs zu regionalen Leitungsfunktionen und einer Normierung des Karriereverlaufs verbunden. Dies zeigt sich am zunehmenden Durchschnittsalter bei der ersten Ernennung zum Parteisekretär, das von ca. 36 Jahren im Zeitraum bis 1961 auf 40 Jahre in der Rekrutierungskohorte 1982 bis 1989 anwuchs. Zugleich sank die Standardabweichung von über sieben Jahren auf ca. drei Jahre und die maximale Spanne des Rekrutierungsalters zwischen dem jüngsten und dem ältesten Parteisekretär von 33 Jahren auf 14 Jahre. Erst in der Kohorte der Parteisekretäre, die im Zuge der Krisenrekrutierungen des Jahres 1989 in ihre Ämter einrückten, nahmen die Standardabweichung und die maximale Spanne des Rekrutierungsalters wieder auf 6,7 und 23 Jahre zu. Einen ähnlichen Entwicklungsgang durchlief das „Parteialter“ bei Übernahme der ersten Sekretärsfunktion (d. h. der Zeitraum, der seit dem Eintritt in die SED oder KPD vergangen war): Es stieg von 2,6 Jahren in der frühesten Rekrutierungskohorte auf 23,0 Jahre bei den Krisenrekrutierungen in der Auflösungsphase des Regimes Ende 1989, in der offenkundig Parteiveteranen zu Hoffnungsträgern wurden. Zugleich nahm das Durchschnittsalter bei Eintritt in die SED (oder KPD) von 33 Jahren in der frühesten Rekrutierungskohorte auf 21 Jahre in den späteren Phasen ab. Die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Parteialter bei Übernahme der ersten Parteifunktion und dem Parteialter bei Übernahme der ersten Sekretärsfunktion nahm demgegenüber von einem Jahr in der frühesten Rekrutierungskohorte auf sieben bis acht Jahre in der Spätphase der DDR zu.

Alle Indikatoren verweisen deutlich auf eine zeitliche Dehnung des Rekrutierungsprozesses bei gleichzeitiger Vorverlegung des Parteieintrittsalters in die späte Adoleszenzphase: Anciennität und lange Karenzzeiten begannen nun den Karriereverlauf zu bestimmen. Die entscheidende Zäsur lag Ende der 1950er Jahre, als sich ein neues, auf Stetigkeit und Dienstalter begründetes Regime der Kaderpolitik durchsetzte. Diese Ordnung der Dinge wurde auch nicht durch den Amtswechsel von Ulbricht zu Honecker durchbrochen, der sich ohne Fluktuationen vollzog, die auf eine Säuberung oder einen Klientelwechsel hindeuten.<sup>27</sup> Im Gegenteil: Der Apparat verfiel gerade in den beginnenden 1970er Jahren in eine Starre, die daran denken läßt, daß eine personelle Bestandsgarantie ein loyalitätsförderndes Herrschaftsmittel der Zentrale gegenüber ihrem regionalen Apparat gewesen sein könnte.

<sup>26</sup> Vgl. John Higley und György Lengyel: *Elite Configurations after State Socialism* (2000), S. 4 ff.

<sup>27</sup> Vgl. auch Ihme-Tuchel: *DDR* (2002), S. 71 ff.

Tabelle Nr. 1: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Rekrutierungsalter, Parteilalter bei Rekrutierung und Alter bei Parteieintritt

Rekrutierungskohorten: 19..	Rekrutierungsalter 1. Sekretärsfunktion			Parteilalter bei Übernahme der 1. Sekretärsfunktion			Alter bei Parteieintritt in die SED (bzw. KPD)		
	Mittelwert	Standardabweichung	Spannweite	Mittelwert	Standardabweichung	Spannweite	Mittelwert	Standardabweichung	Spannweite
45-51	35,5	7,79	31	2,6	1,81	6	32,7	7,85	28
52-61	35,6	7,16	33	8,1	2,92	13	27,6	6,88	27
62-71	38,5	4,29	21	16,1	3,73	18	23,1	3,92	17
72-81	39,3	3,33	16	18,4	3,76	18	21,1	2,23	8
82-88	40,0	3,55	14	19,5	4,00	17	20,8	2,25	11
1989	41,9	6,74	23	23,0	7,68	24	20,9	3,83	13

#### 4.2 Schatten und Halbschatten der Vergangenheit

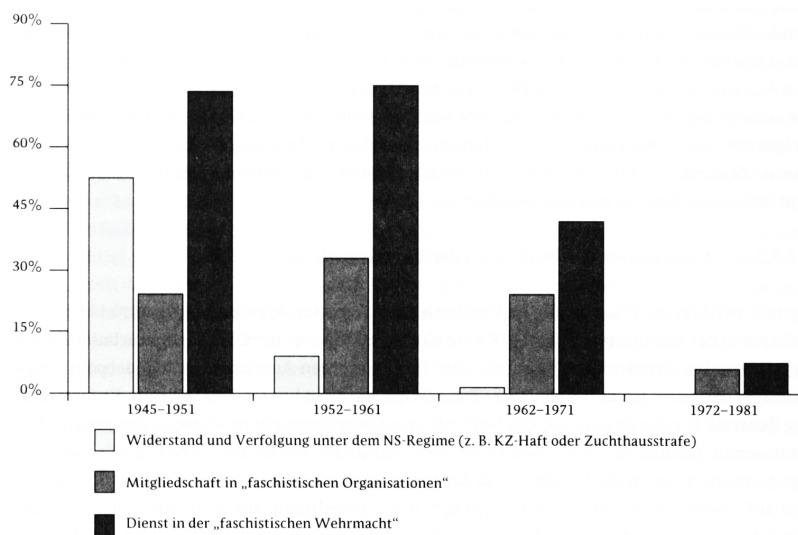
Es stellt sich hier die Frage, ob die im Vergleich zur Sukzessionskrise des Jahres 1971 heftige Zirkulation in der Anfangsphase der DDR eine bloße Fluktuation, die Oberflächenturbulenz eines tiefergehenden strukturellen Wandels, oder Indiz für einen Austausch nach kaderpolitischen Kriterien, also von ‚Säuberungen‘ war. Tatsächlich gab es in kurzer Zeit mehrere Kurswechsel der Zentrale bei der Bewertung des Verlaufs von Kaderbiographien während der jüngst abgeschlossenen Zäsuren der deutschen Geschichte, aus denen ein Spannungsverhältnis zwischen den Auswahlkriterien der Loyalität und der Legitimität erkennbar wird.<sup>28</sup> Dies wird besonders und auf überraschende Weise am Umgang mit der Beteiligung am antifaschistischen Widerstand deutlich, der ja den herrschaftslegitimierenden Kern der jungen DDR bildete (Abbildung Nr. 2).

Während unter den zwischen 1945 und 1951 berufenen Sekretären immerhin 48% Widerstandskämpfer und in irgendeiner Weise Verfolgte nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gewesen waren, sank dieser Anteil bei der folgenden Rekrutierungskohorte abrupt auf 7,9% oder – wenn wir auch jene dazuzählen, die vor 1945 Mitglieder der KPD oder kommunistischer Organisationen gewesen waren – auf 12,4%. Bereits in der nächsten Kohorte starb die Kategorie der Widerstandskämpfer, Verfolgten und Altkommunisten mit einem letzten aktiven Antifaschisten bei den neu berufenen Sekretären aus. Demge-

<sup>28</sup> Malycha: Die SED (2000), S. 448 ff.

genüber waren ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen nach einem bereits bemerkenswert hohen Ausgangswert in der Gründerkohorte (21,7%) von 1952 bis 1961 deutlich erfolgreicher (29,9%) und stellten bei den ab 1962 Neuberufenen die einzigen Sekretäre mit einer politischen Organisationserfahrung, die vor 1945 zurückreichte. Bestimmend war in unserer Untersuchungspopulation jedoch die Erfahrung der Wehrmachtszugehörigkeit, über die bis Anfang der 1960er Jahre etwa 70% der Kader verfügten, zwischen 1962 und 1971 noch immerhin 39%.<sup>29</sup> Die überwiegende Zahl der Wehrmachtsangehörigen hatte als Mannschaftsdienstgrade oder Unteroffiziere gedient. Jeweils über 50% der bis 1961 berufenen Parteisekretäre war in Kriegsgefangenschaft geraten, die im Verhältnis von zwei zu eins in Lagern der Westalliierten verbracht wurde – was deshalb überraschend ist, weil diese biographische Verzweigung als ein negatives Kadermerkmal galt.<sup>30</sup>

Abbildung Nr. 2.: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Politische Vergangenheit vor 1945



Unerwartet tritt uns hier als dominante Sozialfigur des regionalen Spitzenkaders der SED in der Anfangsphase der DDR nicht (mehr) der Widerstandskämpfer und antifaschistische Märtyrer, sondern der junge Arbeiter im Schmuck der Dienstgrade der „faschistischen Wehrmacht“ oder der Parteiuni-

<sup>29</sup> Ausgenommen haben wir hier das Strafbataillon 999, in dem insgesamt zehn thüringische Parteisekretäre gedient hatten. Sie wurden den NS-Verfolgten zugerechnet.

<sup>30</sup> Malycha: Die SED (2000), S.406.

form des HJ-Führers entgegen. Die Kalküle und Umstände, die zu dieser Verschiebung der Rekrutierungspraxis gegenüber der Gründerkohorte und der eklatanten Abweichung vom antifaschistischen Gründungsmythos bei den ab 1952 neu installierten Sekretären geführt hatten, können aus einer kollektivbiographischen Archäologie der Kaderakten naturgemäß nicht erschlossen werden. Daß es sich um einen „bewußt herbeigeführten Wandel“ handelte, um „durch den Einbau von Neumitgliedern in die Leitungen den Stalinisierungsprozeß“ der DDR abzusichern, wird jedoch durch die einschlägige Literatur nahegelegt.<sup>31</sup> Dabei kamen auch kleinere und mittlere HJ-Führer zum Zuge, die von der „Jugendamnestie“ der Alliierten und der nachziehenden Gesetzgebung der Landtage der SBZ vom Frühjahr 1947 profitiert hatten, nach der alle Jugendlichen, die seit dem 1. Januar 1919 geboren worden und Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen waren, im öffentlichen Leben als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden sollten, sofern sie kein Verbrechen begangen oder höhere Funktionen bekleidet hatten.<sup>32</sup> Etwa zwei Drittel der ab 1952 in den thüringischen Bezirken berufenen neuen Kreissekretäre gehörten dieser begünstigten „HJ-Generation“ an. Sie bildete „ein bevorzugtes Ansprechpotential nicht nur für die Mitgliederwerbung, sondern auch für die Herausbildung neuer Funktionsträger in der Partei“ und erhielt seit Anfang der 1950er Jahre „infolge der forcierten Parteisäuberungen, von denen der alte Funktionärsstamm am meisten betroffen war“, privilegierte Aufstiegschancen.<sup>33</sup> Hinzu kam der erhöhte Kaderbedarf infolge des 1952 ausgerufenen „Aufbaus des Sozialismus“ und des Umbaus der Gebietseinheiten der DDR. Die Parteiwahlen des Mai und Juni 1952 markieren dann eine Zäsur, in der ein Generationswechsel zugunsten jener Kader stattfand, die nach 1945 in eine Arbeiterpartei eingetreten waren.

Auch in unserer Untersuchungsgruppe wurde die Rekrutierungsgeneration der von 1952 bis 1961 eingesetzten Kreissekretäre bereits entscheidend von diesem kaderpolitischen Umbruch geprägt: Etwa die Hälfte der neuen Kreissekretäre in dieser Rekrutierungskohorte war erst nach der Vereinigung von KPD und SPD der SED beigetreten, die übrigen verteilten sich etwa paritätisch auf die beiden Mutterparteien. In der „Gründerkohorte“ der von 1945 bis 1951 berufenen regionalen Spitzenkader waren demgegenüber ehemalige KPD-Mitglieder im Verhältnis von ca. 2,5 zu 1 (53% und 21,7%) überrepräsentiert gewesen; ein plausibler Befund nach der systematischen Verdrängung ehemaliger Sozialdemokraten aus den bei der Vereinigung zunächst paritätisch besetzten Parteigremien und hauptamtlichen Funktionärspositionen.<sup>34</sup> Unsere Daten deuten aber auch, und wieder in Übereinstimmung mit anderen Quellen,

---

<sup>31</sup> Ebenda, S. 450.

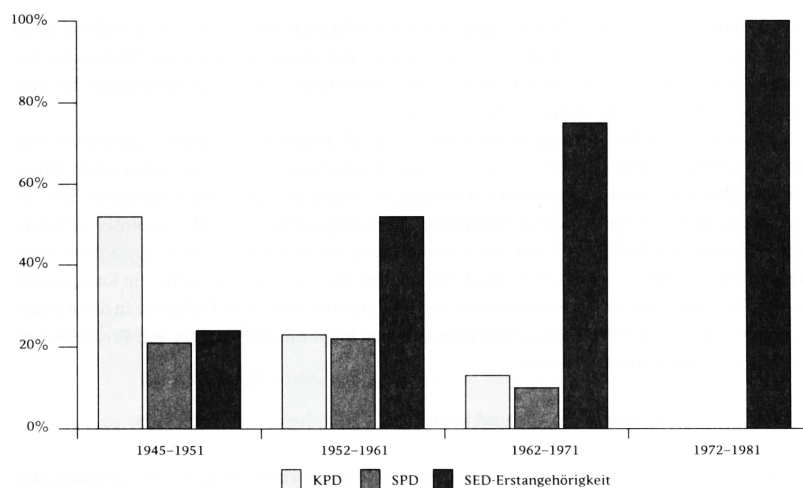
<sup>32</sup> Ebenda, S. 451.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 372.

daraufhin, daß dann in einem zweiten Gang des Umbaus des hauptamtlichen Parteikaders Neumitglieder, die erst nach der Parteigründung der SED beigetreten waren, auch gegenüber Altmitgliedern der KPD aus der Zeit vor 1933 und der Wiederetablierung der Partei im Jahr 1945 bevorzugt zum Zuge kamen.<sup>35</sup> Bereits in der Rekrutierungskohorte 1962-1971 stellten diese Neumitglieder mehr als drei Viertel der neu berufenen Kreissekretäre; ihr dominanter historischer Erfahrungshintergrund war, wie schon bei den seit 1952 Rekrutierten, die Wehrmachtzugehörigkeit und die Mitgliedschaft in den der NSDAP angeschlossenen Verbänden. Wir interpretieren diesen Wechsel als das Ergebnis einer Umakzentuierung der Kaderpolitik vom Auswahlkriterium der Legitimität – inkarniert durch den im antifaschistischen Widerstand bewährten Altkommunisten und Sozialdemokraten – hin zur (submissiven) Loyalität, die der im schnellen Karrieredurchgang, ohne spektakuläre Verdienste auf seine Position gelangte Jungfunktionär verkörpert. Nicht zufällig ist es der Topos der „Dankbarkeit“ gegenüber einer die Jugend unvoreingenommen fördernden Partei, der sich in den lebensgeschichtlichen Erinnerungen dieser Funktionärgeneration mit dem Akt ihrer Einsetzung zum Kreissekretär verbindet.<sup>36</sup>

Abbildung Nr. 3: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Parteiherkunft nach 1945



Die Tatsache, daß ihre Vergangenheit während des NS-Regimes weit überwiegend durch Mitmachen und Mitlaufen geprägt war, dürfte eine submissive Loyalität gegenüber einer ämtervergebenden und karrierelenkenden Parteizent-

<sup>35</sup> Ebenda, S. 405.

<sup>36</sup> Vgl. z. B. Hermann Funkler: Ergänzungen zu meinem Lebenslauf (2001), S. 3.



rale noch gestärkt haben. Gegenüber den „beherrschten Massen“ hatten solche Funktionäre allerdings nicht viel zu bieten, außer vielleicht der Attraktion der Ähnlichkeit mit einer Bevölkerung, die ja ebenfalls nicht aus antifaschistischen Kämpfern oder Verfolgten bestand. Doch selbst wenn dem so war, hatte die Kaderpolitik der 1950er Jahre kaum herrschaftslegitimierendes Potential, denn eine Differenz in der Ausstattung mit Macht- und Herrschaftsprivilegien läßt sich nicht mit der Egalität von Privilegierten und Nichtprivilegierten begründen.

#### 4.3 Legitimationsfiguren und Legitimitätsdefizite der Kaderpolitik

Dieses Dilemma bestand auch im Hinblick auf das Rekrutierungsmerkmal der „sozialen Herkunft“, in der sich der Charakter der SED als Klassenpartei und damit ein Fundamentalbestandteil ihrer Herrschaftsideologie materialisierte. Die Bedeutsamkeit dieses Kadermerkmals läßt sich daran erkennen, daß die „soziale Herkunft“ in 93% unserer Fälle überliefert ist. Ein Arbeiterstammbaum, bei dem wie bei der Aristokratie vor allem die väterliche Linie in Betracht kam, hatte in der Frühphase der DDR annähernd den Charakter einer notwendigen Bedingung für eine Karriere als hauptamtlicher Parteifunktionär.<sup>37</sup> In den ersten drei Rekrutierungskohorten, die den Zeitraum von 1945 bis 1972 umfassen, lag der Anteil der Kreissekretäre, denen eine Arbeitergenealogie bestätigt wurde, bei rund 90%. Er nahm dann bis 1989 auf 71% ab, um in den Krisenrekrutierungen des Jahres 1989 (bei allerdings sehr kleiner Fallzahl) weiter auf 56% zu sinken. Dem stand eine Zunahme der Kreissekretäre aus Angestelltenfamilien auf 16% in der letzten „normalen“ Rekrutierungskohorte (1982-1988) gegenüber.

Der nahezu reinerbig proletarische Charakter der ersten Rekrutierungskohorten wird allerdings deutlich relativiert, wenn wir die *tatsächlich ausgeübten Berufe* der Väter, die in 61% der Fälle überliefert sind, entsprechend den Kategorien der Herkunftsvariablen reklassifizieren.

---

<sup>37</sup> Vgl. u.a. SAPMO-BArch, ZPA Berlin, DY 30 J IV 2/3-611 bzw. J IV 2/3 A-625 – Protokoll des Sekretariates des ZK der SED Nr. 25 vom 27.8.1958: Vorlage der Abt. Kader des ZK, Berlin, den 21.7.1958: Analyse zur Statistik über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Revisions- und Parteikontrollkommissionen (Beschl.-Nr. 719). Siehe hierzu S. 3 des Kaderspiegels für die Bezirks- sowie S. 2 der Einschätzung für die Kreisebene.

Abbildung Nr. 4: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Soziale Herkunft (offizielle Angabe) und tatsächlicher Beruf des Vaters (rekodiert)

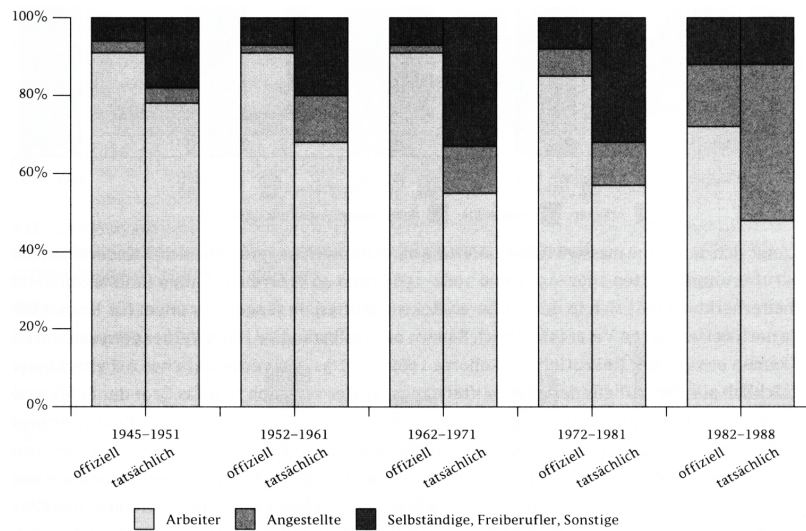


Abbildung Nr. 5: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Tatsächlicher Beruf des Vaters rekodiert – nur Sekretäre mit sozialer Herkunft „Arbeiter“ (offizielle Angabe)

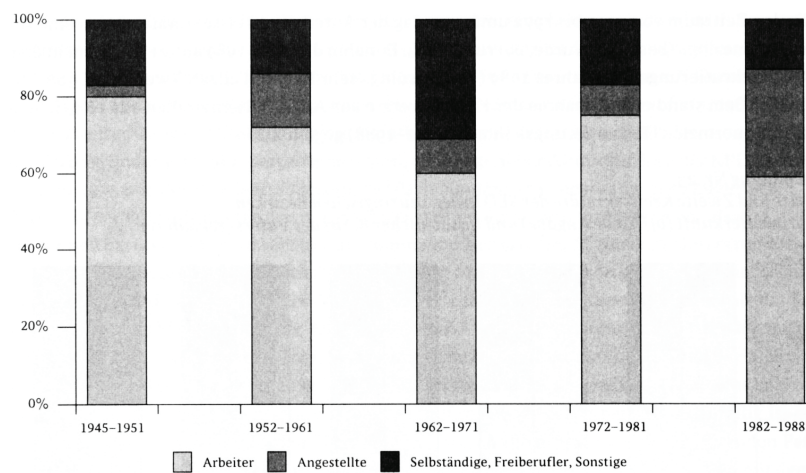


Abbildung Nr. 6: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Berufs-, Fachschul- und Hochschulbildung, Besuch einer Parteihochschule

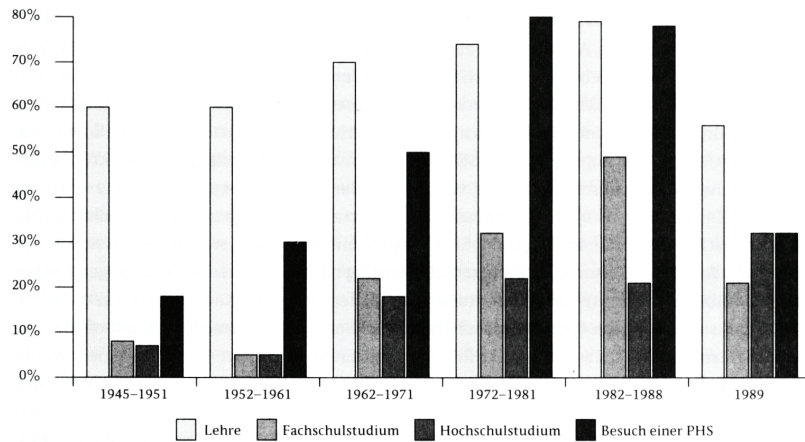
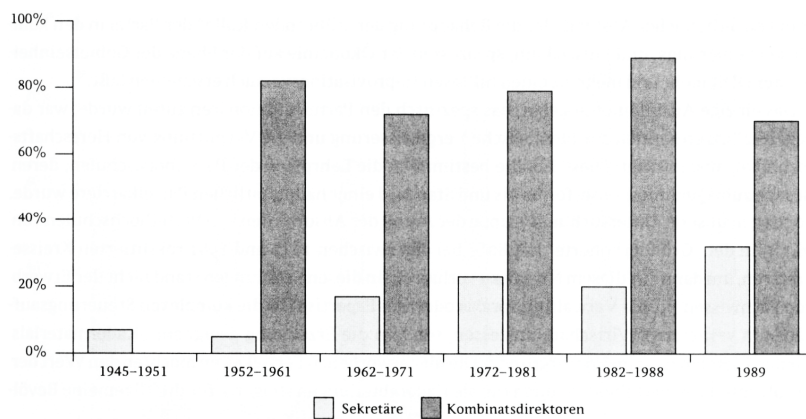


Abbildung Nr. 7: Hochschulbildung von SED-Kreissekretären und Kombinatdirektoren zentralgeleiteter Industriekombinate<sup>38</sup>



Es zeigt sich dann eine massive Inflationierung der Arbeiterkategorie, die in den Kaderakten der Rekrutierungskohorten 1962-1971 und 1982-1988 rund

<sup>38</sup> Kombinatdirektoren n = 397, Auswertung des Zentralen Kaderdatenspeichers des Minister-rats der DDR (ZKDS) und Arbeitskräftedatenspeicher (AKDS), verschiedene Jahresschrei-ben 1980 bis 1989, deshalb nicht alle Rekrutierungskohorten abbildbar.

40% erreicht.<sup>39</sup> Eine fehlklassifizierte Arbeiterherkunft läßt sich in den früheren Rekrutierungsjahrgängen vor allem für Kreissekretäre nachweisen, deren Väter tatsächlich Bauern oder selbständige Handwerker gewesen waren. So kamen etwa in der Rekrutierungskohorte 1962-1971 31,3% vermeintlicher Arbeiterkinder tatsächlich aus den Milieus des alten Mittelstands. Später verschob sich das Gros der Fehlklassifikationen zu Herkunftsfamilien aus dem Angestelltenmilieu, denen etwa in der Rekrutierungskohorte 1982-1988 27% der vermeintlichen Arbeiterkinder entwachsen waren. Verwendet man reklassifizierte Daten, sinkt der tatsächliche Anteil der Kreissekretäre aus Arbeiterfamilien von 77,5% (1945-1951) auf 48,3% (1982-1988), was das emphatische Bild einer proletarischen Klassenpartei, das die SED von sich selbst gerne zeichnete, doch deutlich modifiziert. Auch hier gab es also ein Legitimitätsdefizit, das das Verhältnis zur sonstigen Bevölkerung nicht belastet, aber die submissive Loyalität der betroffenen Kader gefördert haben dürfte, denn der Geburtsmakel „falscher“ Klassenherkunft war den Kaderabteilungen der Partei bekannt, haben wir ihn doch überwiegend aus deren Akten rekonstruieren können. Unabhängig von diesem „gestaltenden“ Umgang mit dem Kadermerkmal der sozialen Herkunft gilt jedoch, daß unsere Untersuchungsgruppe sich weit überwiegend aus den „Volksmilieus“ der kleinen Leute rekrutierte. Abkömmlinge der Bourgeoisie waren nicht vertreten und solche der Intelligenz äußerst selten.

Der Aufstieg der regionalen Spitzenkader in die gehobenen Machtpositionen der Partei vollzog sich dann dank der Kaderabteilungen des Apparats. Dabei spielten im allgemeinen Bildungssystem erworbene Qualifikationen keine distinktive Rolle: Der Lehre, die mit im Zeitverlauf aufsteigender Tendenz von bis zu 78% einer Kohorte (1982-1988) durchlaufen worden war, und der Fachschule mit bis zu 48% Absolventen (ebenfalls in der Rekrutierungskohorte 1982-1988) kam diese Funktion nicht zu, gehörten sie doch in den späteren Jahren der Republik, in denen sie sich als Bildungsstandard bei den Kreissekretären durchzusetzen begannen, zur Normalbiographie der DDR-Bürger. Signifikanter im Hinblick auf die Funktionalität als Kriterium der Rekrutierung und Promotion von Leitungskadern der SED war der Anstieg des Anteils der Kreissekretäre, die ein Hochschulstudium absolviert hatten, von 4,5% in der Rekrutierungskohorte 1952-1961 auf 23,9% im Zeitraum 1972-1981. Obwohl auf dem X. Parteitag 1981 die „wissenschaftlich-technische Revolution“ zum Hauptanliegen der SED ausgerufen worden war, stagnierte dieser Anteil jedoch in der folgenden Kohorte.<sup>40</sup> Der neuerliche Anstieg nach den Krisenrekrutierungen des Jahres 1989 vollzog sich schon nicht mehr unter den Auspizien geregelter Kaderpolitik. Festzuhalten bleibt, daß sich die Vision eines wissen-

---

<sup>39</sup> Der Rekrutierungsjahrgang 1989 soll hier wegen einer zu geringen Zahl gültiger Fälle unbeachtet bleiben.

<sup>40</sup> DDR-Handbuch (1985), Band 2, S. 973.

schaftlich-technologisch dynamisierten und effektivierten Sozialismusmodells, das mit großer Emphase seit Ende der 1970er Jahre propagiert wurde, nicht in den Rekrutierungsmustern der regionalen Spitzenkader der SED widerspiegelt. Auch jene Minderheit der Parteisekretäre, die ein Hochschulstudium absolviert hatte, dürfte zur „technisch-wissenschaftlichen Revolution“ wenig beizusteuern gehabt haben, handelte es sich doch überwiegend um Abschlüsse ideologiekontaminierter Studiengänge in den Humanwissenschaften. Zum Qualifikationsniveau der zu erheblichen Anteilen ingenieur- und naturwissenschaftlich qualifizierten Leitungskader der Wirtschaft, insbesondere der Kombinatdirektoren, bestand ein erheblicher Abstand, der die Behauptung der „führenden Rolle“ der Partei in den komplexen Steuerungs- und Entwicklungsprozessen der Ökonomie auf der Ebene der Gebietseinheiten der DDR mehr und mehr als einen hilflosen Improvisationsversuch erscheinen läßt.<sup>41</sup>

Das einzige Ausbildungsangebot, das spezifisch den Parteifunktionären zuteil wurde, war dagegen selbstreferentiell auf ideologische Vergewisserung und die Vermittlung von Herrschaftstechniken ausgerichtet: Diese Inhalte bestimmten die Lehrpläne der Parteihochschulen, deren Besuch zum Qualifikationsanfordernis und Standard einer hauptamtlichen Parteikarriere wurde. So stieg in unserer Untersuchungsgruppe der Anteil der Absolventen von Parteihochschulen von 16,7% in der „Gründerkohorte“ auf 80% bei den zwischen 1972 und 1981 rekrutierten Kreissekretären, um dann auf diesem Niveau zu verharren. In diesen Schulungen stand nicht der Erwerb von Fachwissen für die Verwaltungspraxis oder von Expertise für die komplexen Steuerungsaufgaben in vernetzten Wirtschaftsprozessen, sondern die Erzeugung geeigneten Kadermaterials für den Parteiapparat im Vordergrund.<sup>42</sup> Die hier erworbenen Fertigkeiten mochten den Wert der Absolventen von Parteihochschulen für die Kaderabteilungen steigern, für die allgemeine Bevölkerung waren sie von zweifelhaftem Nutzen. Wir haben es hier mit Anpassungsleistungen zu tun, die eher dem Auswahlkriterium der Loyalität als jenem der Funktionalität zuzurechnen sind.

#### 4.4 Kaderpolitische Praxis zwischen Zentralität und Parochialität

Die Selbstreferentialität wird als Hauptmodus der Kaderpolitik der SED auch an den Karriereverläufen in unserer Untersuchungsgruppe offenkundig. So stieg der Anteil der Sekretäre, die aus dem Parteiapparat auf ihre Positionen rekrutiert wurden, von 60% in der Gründerkohorte auf 95,4% in der Rekrutierungskohorte 1982-1988 und auf 100% bei den Krisenrekrutierungen des Jahres 1989. Die Massenorganisationen, und hier vor allem die FDJ, aus der bis Anfang der 1980er Jahre noch immerhin bis zu einem Sechstel der Sekretäre direkt rekrutiert worden war, verloren danach völlig an Bedeutung. Für andere

---

<sup>41</sup> Salheiser: „Du und Deine Elite!“ (2003).

<sup>42</sup> DDR-Handbuch (1985), Bd. 2, S. 966 f.

Bereiche, wie die Wirtschaft oder die Staatsverwaltung, galt dies bereits seit Anfang der 1970er Jahre. Der Wechsel in eine regionale Spitzenposition vollzog sich nun in der Regel im Zuge einer Parteikarriere, wobei seit Anfang der 1970er Jahre fast ausnahmslos mindestens zwei Karrierestufen vorgeschaltet waren.

Ältere Vorerfahrungen im Staatssektor gab es bei den seit Beginn der 1980er Jahre rekrutierten Sekretären kaum mehr, während sich Berufserfahrung in der Wirtschaft und damit auch die als positives Kadermerkmal geltende „Produktionserfahrung“ in der Regel auf die Ausbildungszeiten und eine Episode der Berufstätigkeit vor Eintritt in eine hauptamtliche Funktionskarriere beschränkte. Vorerfahrungen in Massenorganisationen gewannen dagegen an Bedeutung – zwischen 52% und 70% der seit 1972 rekrutierten Kreissekretäre hatten solche Karriereepisoden in ihrer Laufbahn aufzuweisen. Auch wenn sich die Wartezeiten bis zur Übernahme der ersten Position als Kreissekretär immer weiter ausdehnten, führte dies demnach nicht zu einer wirklichen Pluralisierung von Berufserfahrungen, sondern nur zu einer Verlängerung der Karenzzeiten im Parteiapparat und seinen Dependancen, vor allem in der FDJ. Auch bei diesen Karrierestrukturen stehen also Kriterien der Legitimität und Funktionalität gegenüber solchen der Loyalität zurück, bei Inkaufnahme eines hermetischen Einschlusses in die Binnenwelt der Apparate und eines Verzichts auf Erfahrungsgewinn in der Außenwelt des *real* existierenden Sozialismus.

Abbildung Nr. 8: Erste und Zweite Kreis Sekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Direktrekrutierung auf die Sekretärsposition aus der Partei, der staatlichen Verwaltung, den Massenorganisationen oder der produzierenden Wirtschaft

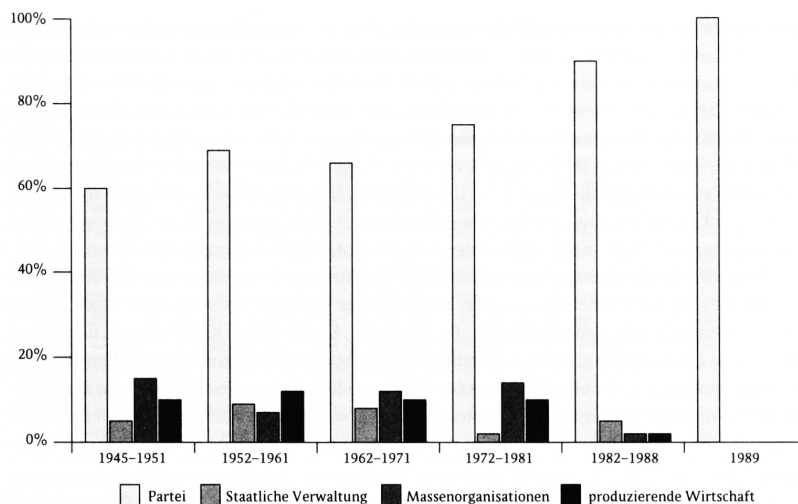
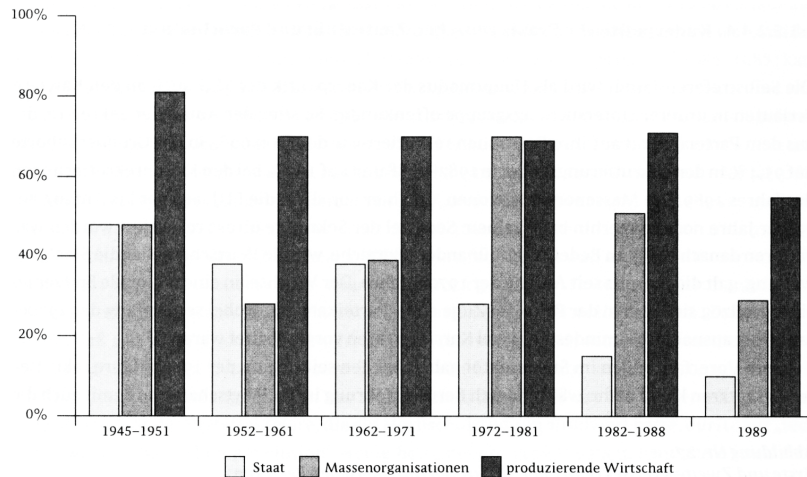


Abbildung Nr. 9: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Berufsepisoden in der staatlichen Verwaltung, den Massenorganisationen und der produzierenden Wirtschaft



Wieweit die Rekrutierung hauptamtlicher SED-Funktionäre durch eigenrationale Binnenlogiken des Parteiapparats überformt wurde, zeigt auch die flagrannte Verletzung der Egalitätsstandards der Partei bei der Behandlung der „Frauenfrage“. Bereits in den Kaderspiegeln der 1950er Jahre war ja die markante und durch klassifikatorische Manipulationen nicht zu verbergende Unterrepräsentation von Frauen ein Grund zur Klage und Kritik gewesen, ohne daß ein durchgreifender Wandel in Richtung auf Parität hätte eingeleitet werden können.<sup>43</sup> Noch krasser als bei der Besetzung der Parteigremien ist die Fehlpro-

<sup>43</sup> Vgl. hierzu SAPMO-BArch, ZPA Berlin, DY 30 J IV 2/3-611 bzw. J IV 2/3 A-625 – Protokoll des Sekretariates des ZK der SED Nr. 25 vom 27. 8.1958: Vorlage der Abt. kader des ZK; Berlin, den 21.7.1958: Analyse zur Statistik über die kaderpolitische Zusammensetzung der gewählten Mitglieder und Kandidaten der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Revisions- und Parteikontrollkommissionen (Beschl.-Nr. 719). In den Einschätzungen der Zusammensetzung der Sekretariate der SED-Kreisleitungen von Erfurt, Gera und Suhl war die „Frauenfrage“ ein bis zum Ende wiederkehrendes Thema: „...in Zukunft stärker bewährte und verdiente Genossinnen mit leitenden Funktionen“ betrauen (Erfurt, März 1960); „... in sechs Büros der KL befindet sich keine Genossin, für die anderen wurde je eine Genossin vorgeschlagen“ (Erfurt, März 1960); „... in der KL Eisenberg sind zwei und in der KL Greiz ist eine Genossin für das Büro benannt; alle anderen KL haben keine Genossin vorgeschlagen“ (Gera 1960); „in fünf Büros wurde ... keine Genossin nominiert“ (Suhl 1960); in fünf Kreisen und Stadtbezirken wurde „versäumt, Genossinnen auf die Übernahme von Funktionen in den Büros vorzubereiten“ (Erfurt 1962); „... in den Vorschlägen kommt weiter zum Ausdruck, daß die Rolle und Bedeutung der Frau auch in den Büros einiger KL nicht voll erkannt wird“ (Gera, März 1962); „... ein sehr ernster Mangel bei der Auswahl der Mitglieder und Kandidaten ist, daß die Genossinnen in den Vorschlägen für

portionierung des Geschlechterverhältnisses in unserer Untersuchungsgruppe, in der der Frauenanteil insgesamt 6% beträgt und nur in der Rekrutierungskohorte 1982-1988 mit 15,2% diesen Durchschnittswert signifikant überschreitet, ohne allerdings auch hier annähernd in die Nähe einer Parität bzw. des Frauenanteils unter den „Werkstätigen“ zu kommen. Hauptamtliche Parteiarbeit war und blieb Männersache und die SED bis zu ihrem Ende einem männlich geprägten Bild des Parteiarbeiters verpflichtet. Dieser Sachverhalt wurde noch einmal in den Krisenrekrutierungen des Jahres 1989 bestätigt, in denen sich unter den 18 neu eingesetzten Sekretären nur eine Frau befand. Die Tatsache, daß über Jahrzehnte hinweg der Frauenanteil auf selbst symbolisch kaum verwertbaren Schwundwerten von 3,3% bis 5,7% verharrte, zeigt, daß allen Deklarationen zum Trotz die Integration von Frauen in den Machtapparat kein prioritäres und mit Nachdruck betriebenes Projekt der kaderpolitisch relevanten Instanzen war. Über die Instrumente hätten sie, wie die Parteisäuberungen gezeigt hatten, im Konfliktfall durchaus verfügt. Doch scheinen die Kooptationspraktiken der Kaderrekrutierung vor Ort Barrieren gegen den Eintritt von Frauen in die Männerwelt der Gebietssekretäre aufgerichtet zu haben, an deren Abbau die Kaderabteilung des Zentralkomitees nicht prioritär interessiert war. Eine Intervention von dieser Seite war ohnehin weder plausibel noch wahrscheinlich, denn hier stand es um die Geschlechterparität nicht besser (Abbildung Nr. 10).<sup>44</sup>

Ein gewisser regionaler Eigensinn wird auch erkennbar, wenn man die territorialen Rekrutierungsmuster in unserer Untersuchungsgruppe betrachtet. Wir wollen uns hier daran erinnern, daß die Auflösung der Länder und damit ein administrativer Schritt in Richtung auf den „demokratischen“ *Zentralismus* den Beginn unseres Untersuchungszeitraums markiert hatte. Dazu steht der Sachverhalt quer, daß der Anteil der thüringischen Landeskinder bei der Rekrutierung der Gebietssekretäre von 46% in der Gründerkohorte auf 81% und 90% in den Rekrutierungskohorten der Jahre 1982 bis 1989 anstieg.

---

die neuen Büros nur ungenügend bzw. gar nicht berücksichtigt wurden“ (Suhl, April 1962); „... darauf zu achten, daß geeignete Genossinnen in die Kaderreserve aufgenommen werden“ (Gera, Ende 1966); usw. usf. „(...) sechs Frauen [von 83 Sekretariatsmitgliedern] wurden als Sekretäre vorgeschlagen, darunter je eine als 1. bzw. 2. Sekretär“ (Suhl, September 1988). – SAPMO-BArch, ZPA SED Berlin, DY 30 J IV 2/3 A-706,710,711,864,865,1409,4749.

<sup>44</sup> Meyer: DDR-Machtelite (1991), S. 211 ff.



Abbildung Nr. 10: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Geschlecht

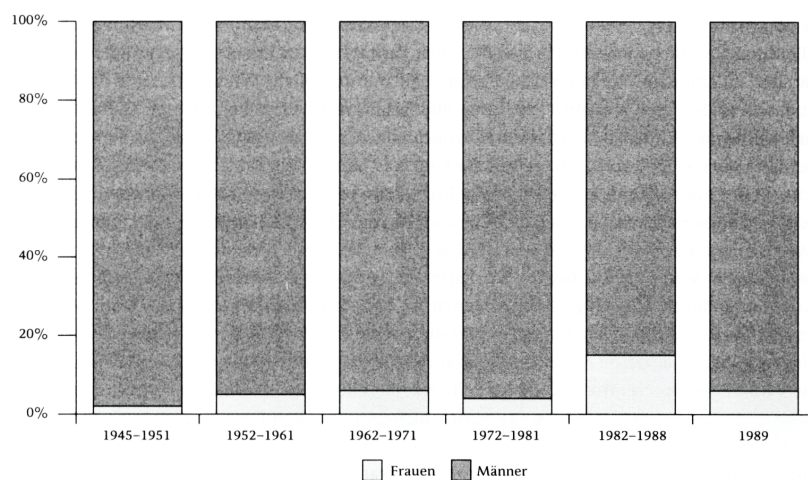
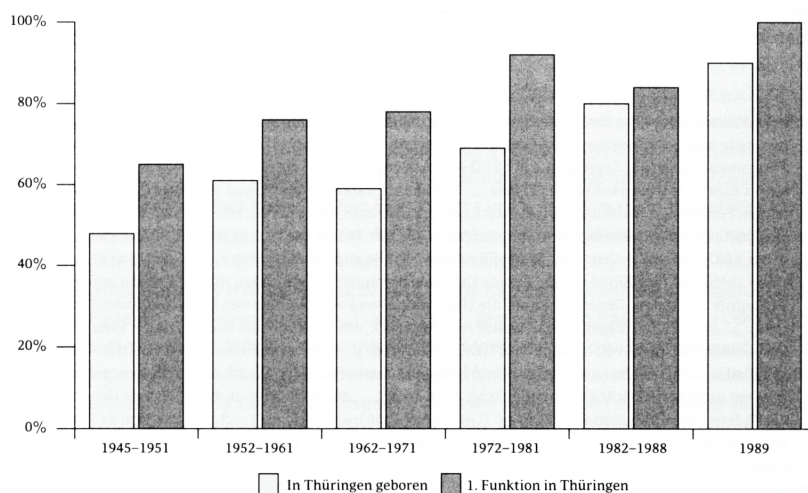


Abbildung Nr. 11: Erste und Zweite Kreissekretäre der SED in den thüringischen Bezirken: Geburt in Thüringen, erste eingetragene Funktion in Thüringen ausgeübt



Seit 1952 hatten über 90% der Sekretäre ihre hauptamtliche Parteikarriere in den thüringischen Bezirken begonnen, in den letzten beiden Rekrutierungskohorten waren es 100%. Landeskindschaft, zumindest aber die Verwurzelung im regionalen Parteiapparat wurden zur faktischen Rekrutierungsvoraussetzung,

und die „Parachutage“ aus der Zentrale oder anderen Bezirken wurde aus dem kaderpolitischen Instrumentarium ausgeschlossen. Diese Entwicklung läßt sich als zunehmend erfolgreiche Selbstbehauptung des regionalen Parteikaders deuten, doch war sie sicherlich auch mit seiner weiteren Horizontverengung und Provinzialisierung verbunden. Gegenüber der Bevölkerung ließ sie sich bestenfalls im Sinne der Legitimierung durch Ähnlichkeitsattraktion verwenden. Ohnehin war der Anspruch, ‚Einer von Euch‘ zu sein, das letzte handfeste Argument zur Begründung der Ausübung von Herrschaft durch die Sekretäre in ihrem Territorium.

## 5. Kaderpolitik und Regimestabilität

Wir haben dieses Kapitel mit der Frage eröffnet, ob und in welcher Weise sich die Rekrutierung regionaler Spitzenkader der SED in eine Strategie der Legitimierung und Sicherung der Parteiherrschaft in der DDR einpassen ließ. Dabei war eine Verlaufshypothese entwickelt und begründet worden, nach der sich das Hauptkriterium der Kaderauswahl in unserer Untersuchungsgruppe von der Legitimierung über die Loyalität zur Funktionalität und zuletzt wieder zur Legitimierung verschoben habe. Tatsächlich stützten einige Befunde diese Annahme: Die ‚Gründerkohorte‘ der Gebietssekretäre, die 1952 in die Positionen der Kreis-, Stadt- und Bezirkssekretäre in den auf dem Territorium des Landes Thüringen neugebildeten Bezirken übernommen worden waren, setzten sich zu rund der Hälfte aus aktiven „Antifaschisten“, Verfolgten der nationalsozialistischen Herrschaft und Parteiveteranen der KPD und SPD aus der Zeit vor 1933 zusammen. Hier gab es also eine weite – wenn auch keineswegs vollständige – Übereinstimmung zwischen den offiziellen Kriterien der Herrschaftslegitimierung und den tatsächlichen Praktiken der Kaderrekrutierung. Dieser Zusammenhang löste sich jedoch bereits in der folgenden Rekrutierungskohorte vollständig auf, aus der die „antifaschistische“ Komponente eliminiert wurde und in der nun ehemalige Wehrmachtsdienstgrade und Mitglieder „faschistischer Organisationen“ eindeutig dominierten. Wir haben diesen Wechsel des Rekrutierungsmusters, der mit extrem hohen Austauschraten einherging, als einen Übergang zum Auswahlkriterium der (submissiven) Loyalität gedeutet, denn die neue Generation der Spitzenkader war weder durch Lebensschicksal noch durch Lebensleistung herausgehoben und legitimiert, sondern eine ‚Kreatur‘ der Partei.

In den folgenden Rekrutierungsgenerationen lassen sich dann Anzeichen einer stärker auf Funktionalität orientierten Kaderauswahl erkennen, für die der erhöhte Anteil der Hochschulabsolventen unter den Gebietssekretären ein Indikator ist. Im Zuge der Krisenrekrutierungen während der Zerfallsperiode der SED in den letzten Monaten des Jahres 1989 erreichte dieser Anteil seinen Höhepunkt mit 33%. Man kann darin und im hohen Parteialter der Neurekrutierten einen Versuch erkennen, durch die Hebung von Anciennität und Quali-

fikationsniveau die Autorität des Funktionärskorps und damit die Legitimität der Parteiherrschaft zu stärken, obwohl sich diese Strategie sicherlich nicht als ‚Erneuerung‘ darstellen ließ. Selbst in dieser finalen Phase überwucherte also wie im gesamten davorliegenden Untersuchungszeitraum die Binnenrationalität interner Machtsicherung, und das heißt konkret: eine auf Konformität und submissive Loyalität orientierte Rekrutierungspraxis, die Kaderpolitik des „Apparats“ und seiner Zentrale. Daß sich dabei durchaus auch ein residualer regionaler ‚Eigensinn‘ entfalten konnte, ließ sich an der zunehmenden Rekrutierung von Landeskindern und dem hinhaltenden Widerstand gegen die Aufnahme von Frauen in das Korps der Gebietssekretäre zeigen. Doch handelte es sich hier nicht um Zeichen echter Autonomie, sondern um die Hinnahme regionaler Spielräume auf Nebenschauplätzen, die eine submissive Loyalitätsbindung an die Zentrale eher stärken konnte.

Machtsicherung war, wie dies schon Max Weber bei seiner Rekonstruktion der Eigenlogik der „Herrschaft durch Organisation“ antizipiert hatte, der alles dominierende Imperativ staatssozialistischer Machtordnung und bildete auch den Kern der Kaderpolitik der SED. Es gehört zu den Paradoxien des Staatssozialismus in der DDR, daß ebendiese Strategie der Herrschaftssicherung eine selbstzerstörerische Konsequenz hatte, denn das daraus resultierende Korps regionaler Herrschaftsträger war für die Bevölkerung nicht sonderlich attraktiv und für die funktionalen Steuerungserfordernisse des Regimes wenig geeignet. Den Kreis- und Bezirkssekretären der SED wurden bei ihrem Auszug aus den lokalen und regionalen Machtarenen zur Jahreswende 1989/1990 deshalb auch nicht allzu viele Tränen nachgeweint. In den politischen Führungsgruppen des vereinten Deutschland wie auch im Funktionärskader der PDS waren sie mit Ausnahme weniger Einzelfälle nicht mehr vertreten.<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup> Von den über 500 Ersten und Zweiten Sekretären der SED-Gebietseinheiten im Jahr 1989 gelangten seit 1990 nur zwei in eines der ostdeutschen Regionalparlamente. Vgl. jetzt die Ergebnisse des Teilprojektes „Delegationseliten nach dem Systemumbruch“ im Rahmen des SFB 580: Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch.